

Miszellen

WILHELM DEIST

BRÜNING, HERRIOT UND DIE ABRÜSTUNGSGESPRÄCHE
VON BESSINGE 1932

Die innenpolitische Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahren der Weimarer Republik ist in jüngster Zeit durch die noch vorhandenen Akten und durch die große Anzahl von Memoiren in steigendem Maße der historischen Forschung zugänglich gemacht worden. Die Klärung der auswärtigen Beziehungen dagegen wird sehr erschwert durch das völlige Fehlen deutscher und französischer Aktenpublikationen. Die bisher veröffentlichten britischen und amerikanischen Dokumentenbände erlauben uns jedoch tieferen Einblick in einzelne Fragenkomplexe.¹ In diesem Sinne ist dieser Beitrag einigen speziellen Fragen der Abrüstungspolitik Brüning's in der ersten Hälfte des Jahres 1932 gewidmet.

Ausgehend von dem 4. Punkt des Wilsonschen Friedensprogramms gaben die Siegermächte im Versailler Vertrag zu verstehen, daß Deutschlands Abrüstung Bestandteil einer durch den Völkerbund herbeizuführenden allgemeinen Abrüstung darstellen sollte. In einer in charakteristischer Weise abgeänderten Fassung bestätigte der Artikel 8 der Völkerbundsverfassung diese Verpflichtung und beauftragte den Rat, entsprechende Pläne vorzulegen. Erst nach Abschluß des Vertrages von Locarno und dem deutschen Eintritt in den Völkerbund erinnerte sich der Rat seiner Aufgabe und setzte eine Kommission ein, die nach endlosen und mühseligen Verhandlungen am 9. Dezember 1930 einen Konventionsentwurf verabschiedete. Der für unseren Zusammenhang wichtigste Artikel (53) des Entwurfes besagte, daß die Konvention früher eingegangene Verpflichtungen nicht berühre. Damit sollte einer Diskussion des Versailler Vertrages vorgebeugt werden. Ein weiteres Jahr verging, ehe am 2. Februar 1932 die Konferenz der 60 teilnehmenden Staaten von ihrem britischen Präsidenten Henderson eröffnet werden konnte. Die allgemeine politische Lage zu diesem Zeitpunkt war dem Bemühen um eine Abrüstung nicht ungünstig. Die Regierungen der westlichen Großmächte – Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten – standen in dem wirtschaftlichen Krisenjahr 1932 unter dem Zwang, wesentliche Einschränkungen in ihren Ausgaben vorzunehmen. Es zeigte sich aber, daß diese Überlegungen nicht den ausschlaggebenden Einfluß auf die politischen Entscheidungen der Regierungen ausübten, wie es die Öffentlichkeit erwartete. Dies galt vor allem für die kontinental-europäischen Mächte. Für sie spitzte sich die Frage der Abrüstung auf die Alternative zu: Aufrechterhaltung oder Revision der Versailler Vertragsbestimmungen. Die deutsche Delegation, als Vertreterin der einzigen, tatsächlich abgerüsteten Macht, zog mit einem starken moralischen und rechtlichen Rückhalt in die Konferenz ein.

¹ Siehe hierzu z. B.: K. D. Erdmann: Der Europaplan Briands im Licht der englischen Akten, in: *Gesch. i. Wiss. u. Unterr.* 1 (1950), S. 16; O. Hauser: Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion von 1931 und die europäische Föderation, in: *HZ* 179 (1955), S. 45.

Brünings große Rede vor der Generalversammlung am 9. Februar² und die Vorschläge der deutschen Delegation vom 18. Februar 1932 zeigten deutlich die Ziele, die Deutschland durch die Konferenz zu erreichen suchte. Brüning forderte die Abrüstung der Siegermächte als Gegenleistung der vollzogenen deutschen Abrüstung. Darauf habe Deutschland einen rechtlichen und moralischen Anspruch. Die Abrüstung könne nur auf dem Boden der Gleichberechtigung vollzogen werden, das ergebe sich aus dem Artikel 8 der Völkerbundssatzung und aus der einfachen Tatsache, daß Deutschland Mitglied des Völkerbundes sei. Die allgemeine Abrüstung müsse dem heutigen Zustand eines „bewaffneten Friedens auf der Grundlage einer rechtlichen Ungleichheit“ ein Ende bereiten. Der Kanzler forderte nicht ausdrücklich die Abrüstung der ehemaligen Alliierten auf das Versailler Niveau; er ließ diese Frage in der Schwebe. Die Vorschläge der deutschen Delegation dagegen sprachen hiervon deutlicher, sie waren ein Spiegelbild der betreffenden Bestimmungen des Versailler Vertrages. Dies war ein unerfüllbares Maximalprogramm. Was Brüning, neben einigen geringfügigen Änderungen im Aufbau der Reichswehr und neben einer Berichtigung des deutsch-französischen militärischen Kräfteverhältnisses durch eine französische Abrüstung, erreichen wollte, war die Anerkennung Deutschlands als eines gleichberechtigten Verhandlungspartners. Praktisch bedeutete dies die Aufhebung des Teils V des Versailler Vertrages, die Übernahme dieses Vertragsteiles und dessen frei auszuhandelnde Veränderungen in die Abrüstungskonvention. So sollte eine rechtliche Bresche in das Versailler Vertragswerk geschlagen werden. Ein Erfolg in dieser Richtung wurde noch im Februar 1932 erzielt, indem der Konventionsentwurf und damit dessen Artikel 53 mehr und mehr aus den Verhandlungen der Konferenz verschwand.

Auch die französischen Ziele und Wünsche in der Abrüstungsfrage nahmen ihren Ausgang von den durch den Versailler Vertrag geschaffenen Verhältnissen. Der damalige Ministerpräsident Tardieu legte der Konferenz am 5. Februar einen detaillierten und weitreichenden Plan vor. Drei Prinzipien lagen diesen Vorschlägen zugrunde, die von der französischen Delegation während der monatelangen Verhandlungen fast unverändert aufrechterhalten wurden. Als wichtigste Voraussetzung aller Verhandlungen nannte der Plan die „Achtung vor den Verträgen“. Das bedeutete für Deutschland, daß eine Revision des Friedensvertrages nur auf Grund des Artikels 19 der Völkerbundssatzung und nur auf dem Wege über den Völkerbund möglich sein sollte. Weiterhin wurde in dem Plan der Versuch unternommen, die Abrüstung mit der Stärkung der Exekutivgewalt des Völkerbundes zu verbinden. Zu diesem Zwecke sollte eine internationale Streitmacht aus nationalen Verbänden mit hochqualifizierten Waffen geschaffen werden, die dem Völkerbund allerdings nur im Bedarfsfalle zur Verfügung gestellt werden sollte. Außerdem schlug die französische Regierung eine genauere Festlegung der schon bestehenden Beistandsverpflichtungen innerhalb des Völkerbundes, also eine präzise Auslegung und weiteren Ausbau des Artikels 16, im

² Zu den Genfer Abrüstungsverhandlungen siehe die verschiedenen Serien der: *Société des Nations, Actes de la Conférence pour la limitation et la réduction des armements.*

Sinne des Genfer Protokolls, vor. Dieses Anliegen der französischen Politik zielte auf eine engere Verflechtung Großbritanniens mit dem französischen Sicherheitssystem, dem sich England bisher entzogen hatte.

Wie das Anliegen der deutschen Politik durch das Schlagwort „Gleichberechtigung“ gekennzeichnet werden kann, so beherrschte der nicht minder vieldeutige Begriff „Sécurité“ die Überlegungen der französischen Politiker. Sécurité bedeutete in erster Linie: Aufrechterhaltung der durch Versailles geschaffenen und 1932 zumindest noch rechtlich bestehenden Verhältnisse. Tardieu hat in einem späteren Kommentar zu dem Plan vom 5. Februar diese Linie der französischen Politik treffend charakterisiert: 1. Der Plan hielt die rechtliche und tatsächliche militärische Ungleichheit zwischen Frankreich und Deutschland aufrecht. 2. Der Plan berührte in keiner Weise die allgemeinen Grundsätze der französischen Militärorganisation. 3. Der Plan enthielt keinerlei Vorschläge zur Revision der Verträge.³

Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei der Betrachtung der britischen und amerikanischen Äußerungen. Weder die Vorschläge der Briten – durch Sir John Simon – noch die der Amerikaner – durch Hugh Gibson – konnten sich in Umfang und Gründlichkeit mit den französischen und deutschen Plänen messen. Beide Mächte waren durch Tradition und geographische Lage in geringerem Maße an dem vorwiegend europäischen Problem interessiert. Sie suchten beide den Weg eines praktischen Kompromisses und nahmen infolgedessen während der nächsten Monate eine im ganzen vermittelnde Stellung ein. Die britische Delegation entwickelte dabei den Gedanken einer qualitativen Abrüstung, d. h. der Beschränkung oder des Verbotes einzelner Waffen nach bestimmten Kriterien. Die Amerikaner ihrerseits untersuchten die Möglichkeiten einer Beschränkung der Heeresstärken. Diese Frage war sehr umstritten, da Frankreich sich weigerte, die ausgebildeten Reserven in eine Abrüstungskonvention einzubeziehen. England und Amerika hatten in diesem Punkt, im Austausch gegen Zugeständnisse Frankreichs in der Frage der Seeabrüstung, nachgegeben.⁴

Die Verhandlungen der Konferenz und ihrer Kommissionen zogen sich nach den grundsätzlichen Erklärungen der Delegationen ohne besondere Höhepunkte wochenlang hin. Ende April schien es jedoch so, als ob es den vereinten britisch-amerikanischen Bemühungen gelingen würde, einen ersten wesentlichen Kompromiß zustande zu bringen. In den Tagen vom 19. bis 23. April fanden einzelne, informelle Gespräche zwischen Brüning, Tardieu, dem britischen Premier MacDonald und dem amerikanischen Außenminister Stimson statt, über die wir leider nur sehr spärlich unterrichtet sind.⁵ Bei einer Zusammenkunft der britischen und amerikanischen Vertreter am 23. April wurden die Ergebnisse der einzelnen Ver-

³ Echo de Paris vom 17. 11. 1932.

⁴ Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers (US Doc.) 1931 I, S. 73/74, und Ztschr. f. Politik, Bd. XXI (1932), S. 911.

⁵ Documents on British Foreign Policy, 1919–1939, Second Series, (Brit. Doc.) III, Nr. 103, S. 123/4 (Anm. 2), und Brit. Doc. III, Nr. 240, S. 516/8 (u. Anm. 4). Das Gespräch vom 26 April: US Doc. 1932, I, S. 108–12.

handlungen diskutiert und ein Zusammentreffen aller vier Regierungsvertreter für den 26. April in Stimsons Haus in Bessinge vorgeschlagen.

Brünings Situation hatte sich in der Zwischenzeit durch den überwältigenden Erfolg der Nationalsozialisten bei den Landtagswahlen in Preußen wesentlich verschlechtert. Seine Regierung war dadurch und durch die undurchsichtige Haltung Schleichers und Hindenburgs nach dem SA- und SS-Verbot vom 13. April in eine beinahe hoffnungslose Lage geraten. Andererseits konnte gerade dieses Verbot seinen Eindruck auf die Westmächte nicht verfehlen. Alles kam nun darauf an, so schien es, die steigende Flut durch einen außenpolitischen Erfolg einzudämmen. Deshalb erlangten die Bessinger Gespräche für Brüning besondere Bedeutung; schienen sie doch die Möglichkeit eines solchen außenpolitischen Erfolges zu bieten.

Ein Nachgeben der Westmächte in der Wehrfrage mußte eine fühlbare innenpolitische Entspannung mit sich bringen. Der Innen- und Wehrminister General Groener war überzeugt, daß die Beschränkung der deutschen Souveränität auf diesem Gebiete viel zur Bildung der militärähnlichen Parteiverbände beigetragen hatte, die versuchten, ein neues, umfassenderes Staatsideal außerhalb des bestehenden Staates heranzubilden. Auf Grund dieser Überlegungen plante er den Aufbau einer Miliz in Stärke von mindestens 100 000 Mann, mit einer 6- bis 12monatigen Ausbildungszeit. Die Miliz und die Reichswehr sollten mit schweren Waffen ausgerüstet werden. Aus der Literatur läßt sich entnehmen, daß Groener dieses Programm⁶ in enger Zusammenarbeit mit Brüning entwickelte.

Enttäuschend war für Brüning, daß der französische Ministerpräsident wegen der bevorstehenden französischen Parlamentswahlen auf eine Teilnahme verzichten mußte. Der 29. April wurde als neuer Termin eines Vierertreffens vorgesehen. So verhandelten am 26. April nur die beiden angelsächsischen Mächte mit dem deutschen Kanzler. Nach ermutigenden einleitenden Worten des britischen Premiers trug Brüning seine Wünsche vor. Zunächst verwahrte er sich gegen die Unterstellung, daß Gleichberechtigung Aufrüstung bedeuten würde. Deutschland verlange nichts anderes als „Equality of treatment“. Im Sinne dieser juristischen Gleichheit strebe Deutschland danach, gewisse Änderungen im Aufbau der Reichswehr in Verhandlungen mit den Westmächten zu erreichen. Diese Änderungen beträfen eine Herabsetzung der Dienstzeit für einen Teil der Reichswehr auf 6–8 Jahre. Deutschland erwarte von den Westmächten nicht eine Abrüstung auf das Niveau des Versailler Vertrages, jedoch eine weitreichende Herabsetzung speziell der französischen Rüstungen. Das war alles.

Dieses bescheidene Programm, das nichts von Groeners Vorschlägen enthielt, konnte nach den Erfahrungen der vergangenen Monate der britischen und ameri-

⁶ Siehe hierzu: W. Görlitz: *Der deutsche Generalstab. Geschichte u. Gestalt 1657–1945*, Ffm. 1950, S. 385; Groener-Geyer: *General Groener. Soldat und Staatsmann*. Ffm. 1955, S. 309; F. Meinecke: *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*. Wiesbaden 1948, S. 72; Wheeler-Bennett: *The Disarmament Deadlock*, London 1934, S. 32 ff.; Hindenburg, *The Wooden Titan*, London 1956, S. 382; *Die Nemesis der Macht*, Düsseldorf 1955, S. 250/1.

kanischen Zustimmung sicher sein. Stimson und MacDonald erklärten sich nach einigen unwesentlichen, kritischen Äußerungen mit Brüning's Vorschlägen einverstanden. Die Briten schlugen die Übernahme des Teils V des Versailler Vertrages und der auszuhandelnden Änderungen dieses Vertragsteiles in die Abrüstungskonvention vor. Alles kam nun darauf an, auch Frankreich zur Billigung dieser deutschen Vorschläge zu bewegen. Dabei konnte Brüning zwar mit Sympathie, aber nicht mit einer unbedingten Unterstützung seines Programms durch die angelsächsischen Mächte rechnen. Es hatte sich im Laufe der Konferenz gezeigt und sollte sich auch weiterhin erweisen, daß vor allem Großbritannien nicht willens war, eine eigene, selbständige Abrüstungspolitik, gegebenenfalls auch gegenüber Frankreich, zu vertreten und, was wichtiger war, auch durchzusetzen. Die französische Diplomatie verstand es letzten Endes immer wieder, diese vermittelnde Haltung Englands in ihrem Sinne zu benützen. Im Grunde entsprach diese „Konzeptionslosigkeit“⁷ der britischen Politik gegenüber Europa in Machtfragen dem Vorwiegen wirtschaftlicher Interessen in der Politik des Inselvolkes.

Weiter stand es so, daß in diesen Apriltagen, kurz vor den französischen Parlamentswahlen, es für den französischen Ministerpräsidenten beinahe unmöglich war, in verbindliche politische Gespräche einzutreten. Am 28. April sagte Tardieu auf Grund einer akuten (diplomatischen?) Erkältungskrankheit ab.⁸ Eine der wenigen Chancen für einen erfolgreichen Abschluß der Abrüstungsverhandlungen wurde damit zerschlagen. Brüning kennzeichnete die Situation am 11. Mai vor dem Reichstag mit den berühmt gewordenen Worten: „100 Meter vor dem Ziel“! Sollten diese hundert Meter in der zweiten Hälfte des Mai noch durchmessen worden sein? Diese Frage hat die deutsche Nachkriegsliteratur immer wieder beschäftigt und die verschiedensten Antworten erhalten. Eine Klärung erscheint heute möglich.

Brüning berichtete in einem Brief an die Deutsche Rundschau (1947, S. 1 ff.), Hugh Gibson, der amerikanische Sonderbotschafter, habe Ende Mai mehrere Tage mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot über die in Bessinge bereits akzeptierte deutsche Abrüstungsformel verhandelt. Am Morgen des 31. Mai habe er, Brüning, eine Stunde vor dem festgesetzten Termin für die Unterredung mit Hindenburg, durch den amerikanischen Botschafter Sackett die Mitteilung erhalten, daß Herriot der erwähnten Abrüstungsformel zugestimmt habe.

Hierzu ist rein faktisch zu bemerken: Hugh Gibson war nicht Sonderbotschafter,

⁷ K. D. Erdmann: in *Gesch. i. Wiss. u. Unterr.* 3 (1952), S. 509.

⁸ Diese Absage wird von einigen Autoren darauf zurückgeführt, daß Schleicher den französischen Ministerpräsidenten durch François-Poncet von dem bevorstehenden Sturz Brüning's unterrichtet habe und Tardieu es daraufhin ablehnte, mit Brüning zu verhandeln. Siehe hierzu: François-Poncet: *Souvenirs d'une Ambassade à Berlin*, Paris 1946, S. 41; Pape: *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 166; Wheeler-Bennett: *Disarmament* S. 33; ders., *Hindenburg*, S. 383. Es ist möglich, daß Schleicher einen solchen Schritt getan hat. Ausschlaggebend für die Absage Tardieus war aber die französische innenpolitische Situation vor den am 1. und 8. Mai stattfindenden Wahlen. Das zeigt ganz deutlich ein Leitartikel des „Temps“ vom 29. April 1952.

sondern ständiger Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Abrüstungskonferenz. Sonderbotschafter war der Demokrat Davis. Gibson und Davis hatten am 22. Mai eine Unterredung mit Herriot. Von diesem Zeitpunkt an waren sie in Genf. Herriot war zu dieser Zeit noch nicht Ministerpräsident, er wurde es erst durch das Vertrauensvotum der Kammer am 7. Juni 1932. Die letzte Unterredung Brüning mit Hindenburg fand am 30. Mai, nicht am 31. Mai statt.⁹

Eine zweite Quelle, neben dem Brief an die Deutsche Rundschau, ist die Niederschrift des Grafen Westarp am 1. Juni 1932.¹⁰ Seine Informationsquelle war der Verkehrsminister Treviranus. Dieser berichtete ihm am Abend des 30. Mai, daß Brüning am selben Morgen durch Sackett ein Handschreiben des amerikanischen Präsidenten erhalten habe, das in der Reparationsfrage ein sehr weites und bisher unerwartetes Entgegenkommen enthalte. Westarp fügte hinzu, daß er Einzelheiten nicht erfahren habe, da das Handschreiben an Brüning persönlich gerichtet gewesen sei. Sackett habe aus diesem Grunde einer Übermittlung des Schreibens an den Staatssekretär von Bülow nicht zugestimmt. Festzuhalten ist, daß sich beide Aussagen im Entscheidenden widersprechen, nämlich in der inhaltlichen Bestimmung der amerikanischen Mitteilung.

An Hand der amerikanischen Akten können wir die amerikanisch-französischen Gespräche, von denen der ehemalige Kanzler spricht, verfolgen. Zunächst fällt der Blick auf die seit März geführten Verhandlungen zwischen den beiden Mächten über die Beschränkung der Heeresstärken.¹¹ Irgendein greifbarer Einfluß der Besinger Gespräche oder gar ein erfolgreicher Abschluß der Unterhandlungen Gibsons mit den Generalen Gamelin und Réquin läßt sich nicht nachweisen. Eine Entscheidung konnte auf dieser Ebene auch gar nicht herbeigeführt werden, da die französischen Generale den Entscheidungen des „Conseil supérieur de la défense nationale“ unterworfen waren, zu dessen wesentlichen Mitgliedern der Ministerpräsident und der Kriegsminister gehörten.

Denkt man an die Bemerkung Westarps über ein Handschreiben des amerikanischen Präsidenten, so könnte man versucht sein, in einem Memorandum Hoovers vom 24. Mai¹² an seinen Außenminister einen Weg zur Lösung der aufgeworfenen Frage zu erblicken. Hoover schlug hier drastische Abrüstungsmaß-

⁹ Übernommen wurde die These Brünings von: G. Beyerhaus: *Notwendigkeit u. Freiheit i. d. deutschen Katastrophe*, HZ 189 (1949), S. 83 f.; Bracher: *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Stuttgart 1955, S. 524; Curtius: *Sechs Jahre Minister der deutschen Republik*, Heidelberg 1948, S. 229; Groener-Geyer: a. a. O., S. 322; Klein: *Zur Vorbereitung der fasch. Diktatur*, Ztschr. f. Gesch. Wiss. 1 (1953), S. 902; Schwerin-Krosigk: *Es geschah in Deutschland*, Tübingen 1951, S. 138; Wheeler-Bennett: *Hindenburg*, S. 595. Die These findet sich auch in der Dissertation von Max Ehrhardt: *Deutschlands Beziehungen zu Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Frankreich vom Mai 1930 bis zum Juni 1932* (Hamburg 1950), der sich auf eine persönliche Mitteilung Brünings bezieht.

¹⁰ VJ-Hefte f. Zeitgesch. I (1953), S. 282 ff. Übernommen von Klein: a. a. O., S. 902, und Groener-Geyer: a. a. O., S. 322.

¹¹ US Doc. 1932 I, S. 115/6, S. 132 ff., S. 185.

¹² US Doc. 1932 I, S. 142; Antwort Stimsons ebd., S. 182.

nahmen für Flotte und Heer vor; wiederum tauchte der Gedanke einer Zerteilung der Landstreitkräfte auf. Wichtiger als die Details ist die politische Zielsetzung, die Hoover in dem Memorandum entwickelt. Die öffentliche Meinung der Welt fordere die Abrüstung, und Amerika habe sich an die Spitze dieser Bewegung zu setzen. Die amerikanische Delegation in Genf müsse der Konferenz einen neuen Impuls geben und sich intensiver um einen raschen Erfolg bemühen. Dieses Memorandum, ein Vorläufer des Hooverplanes vom 22. Juni 1932, zeigt deutlich den Einfluß des Wahljahres 1932 auf die amerikanische Politik. Stimson wies jedoch in einem Memorandum vom 25. Mai die Initiative Hoovers deutlich zurück. Er wandte sich vor allem gegen die Methode. Eine dramatisierende, öffentliche Hilfestellung für Europa würde ihren Zweck verfehlen; nutzvoller seien private Gespräche im kleineren Kreis. Umfassende Lösungen seien zur Zeit unmöglich, man müsse Schritt für Schritt vorangehen. Da diese Diskussion zwischen Hoover und Stimson erst im Juni wiederaufgenommen wurde, scheidet sie für die Erklärung der Brüningschen These aus.

Ganz im Sinne Stimsons hatten die amerikanischen Delegierten am 8. Mai eine Reise nach London und Paris angetreten. Sie erreichten jedoch im Endeffekt, besonders infolge der unsicheren französischen Situation weder bei Simon noch bei Tardieu irgend etwas Positives. Am 21. Mai erhielten sie jedoch für den folgenden Tag die Einladung des Führers der Radikalsozialisten und zukünftigen Ministerpräsidenten Herriot zu einer Aussprache nach Lyon. Dieses Gespräch¹³, auf das auch Brünning anspielt, ist von besonderer Bedeutung. Es sei hier nur der die Abrüstung betreffende Teil kurz wiedergegeben. Herriot betonte, wie notwendig gerade in dieser Frage eine Zusammenarbeit der drei Westmächte sei, um zu einem befriedigenden Abschluß zu gelangen. Er sehe in bezug auf Europa den status quo zwar nicht als unveränderlich an, es sei aber nach der Veröffentlichung der Stresemannbriefe außerordentlich schwierig, mit jemandem zu verhandeln, „in whom you could not have confidence“. Die Amerikaner berichteten über die Bessinger Gespräche und empfahlen deren Fortsetzung und die Ausarbeitung einer Teillösung des Abrüstungsproblems noch für den Sommer 1932. Herriot zeigte keinerlei Reaktion auf den Bericht über Bessinge, erklärte sich aber zur Fortsetzung dieser Gespräche bereit und versprach seine Mitarbeit an dem amerikanischen Plan für den Sommer 1932. Herriots Bemerkungen waren ständig begleitet von dem Hinweis auf seine augenblickliche Lage: er könne in keiner Weise irgendwelche verbindlichen Zusagen machen, bevor er nicht offiziell als Ministerpräsident bestätigt worden sei. So blieb das Gespräch im ganzen unverbindlich.

An diese Zusammenkunft und deren Folgen knüpft sich nun die Antwort auf die Brüningsche These. In einem Telegramm an Gibson vom 24. Mai¹⁴ gab Stimson seiner Freude über dieses erfolgreiche Gespräch Ausdruck, vor allem über die Aussicht der – von ihm so empfohlenen – Fortsetzung der Bessinger Gespräche.

¹³ US Doc. 1932 I, S. 132 ff.

¹⁴ US Doc. 1932 I, S. 142; Antwort Gibsons ebd., S. 144/5.

Er fuhr fort: „I leave to your discretion the manner of informing Brüning of the situation and will approve whatever decision you may make. . . . Would not a conversation between Sackett and Brüning be sufficient?“ Er gab zu bedenken, ob es nicht ratsam sei, vorher MacDonalds Einverständnis einzuholen, um dann Brüning gemeinsam durch Sackett und Rumbold unterrichten zu lassen. Das Antworttelegramm Gibsons vom 25. Mai zeigte, daß er sich entschlossen hatte, ein Delegationsmitglied, Dolbeare, als Kurier mit einem Brief an Sackett nach Berlin zu schicken. Eine Unterrichtung MacDonalds und ein gemeinsames Handeln der beiden Berliner Botschafter lehnte er ab, da dies der Aktion einen offiziellen Aspekt verleihen würde. Gibson wollte sie aber als „unofficial helpfulness“ gewertet wissen. Neben der Unterrichtung verfolgte die Aktion, nach Gibsons Worten, ganz bewußt den Zweck, Brüning in seinen innenpolitischen Konflikten zu unterstützen. Dieses Telegramm ist am 25. Mai, einem Mittwoch, um 15 Uhr abgeschickt worden. Am Montag, dem 30. Mai, hat Brüning die Mitteilung Sacketts erhalten.¹⁵

Der Brief selbst ist bisher nicht veröffentlicht. Sein Inhalt muß sich aber nach den Instruktionen Stimsons vom 24. Mai gerichtet haben und liegt in den Worten „informing Brüning of the situation“ beschlossen. Diese Information konnte sich aber nach den vorangegangenen Sätzen nur auf das Ergebnis des amerikanisch-französischen Gesprächs vom 22. Mai beziehen. Daß dieses Gespräch keine Billigung der deutschen Abrüstungsformel von Bessing durch Herriot gebracht hatte, ist offensichtlich. Da Gibson den Schritt als „unofficial helpfulness“ gegenüber Brüning gewertet wissen wollte, ist es verständlich, daß Sackett in seinen beiden Berichten über Brünings Sturz darüber nichts vermerkt. Ebenso begreiflich ist es, daß die britischen Akten nichts von dieser Aktion widerspiegeln.

Damit dürfte die Brüningsche und Westarpsche Version des Vorganges ins rechte Licht gerückt worden sein. Es ist überaus bezeichnend für die Situation des Mai 1932, daß sich um ein relativ unbedeutendes Ereignis eine solche Legende bilden konnte. Wie bedeutungsvoll ein außenpolitischer Erfolg für die Regierung und die Republik als solche gewesen wäre, braucht nicht geschildert zu werden. Die Früchte der trotz aller Mißerfolge und Enttäuschungen auf lange Sicht erfolgversprechenden Außenpolitik Brünings konnte sein Nachfolger Papen zum Teil ernten. So vor allem auf dem Gebiet der Reparationen, die mit den Vereinbarungen der Lausanner Konferenz im Juli 1932 ihr Ende fanden.

¹⁵ Eine dem tatsächlichen Vorgang sehr nahe kommende Schilderung gibt Winston Churchill: Memoiren Bd. I, Bern 1948, S. 85.